

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zur Erklärung der Bundesregierung zur Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß

- sich die deutsche Volkswirtschaft nach Jahren der Stagnation und Schrumpfung wieder auf stabilem Wachstumskurs befindet. Von 1980 bis 1982 ist das Sozialprodukt real um 2,5 v.H. gesunken, von 1983 bis 1985 um fast 10 v.H. gestiegen;
- sich der Arbeitsmarkt im Sog des wirtschaftlichen Aufschwungs befindet, die Beschäftigung steigt, Kurzarbeit in Millionenhöhe abgebaut ist, die Arbeitslosenzahlen sinken werden;
- die Bundesrepublik Deutschland 1986 Preisstabilität wie seit über 30 Jahren nicht mehr zu verzeichnen hat;
- die Realeinkommen der Arbeitnehmer in diesem Jahr den stärksten Anstieg seit 1973 und die der Rentner den stärksten Anstieg seit 1979 verzeichnen;
- sich Ertragssituation und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen erheblich verbessert haben;
- bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte deutliche Fortschritte erreicht wurden und die öffentlichen Finanzen wieder auf solider Grundlage stehen;
- das Zinsniveau am Kapitalmarkt auch deshalb wieder deutlich zurückgeführt werden konnte und deshalb die Voraussetzungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen so günstig sind wie lange nicht;

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß

- die Bundesregierung mit ihrer Politik einer grundlegenden marktwirtschaftlichen Erneuerung und einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Vor-

aussetzungen für den Zuwachs von rund 180 000 Arbeitsplätzen im Durchschnitt des Jahres 1985 geschaffen hat;

- die Fortführung dieser Politik 1986 mehr als 300 000 Arbeitsplätze bewirken und in den kommenden Jahren eine weitere stetige Aufwärtsentwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ermöglichen wird.

3. Der Deutsche Bundestag bekräftigt, daß

- mehr Beschäftigung und eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit weiterhin die zentrale und gemeinsame Aufgabe für alle Verantwortlichen im Wirtschaftsprozeß, insbesondere der Tarifvertragsparteien ist;
- die unerläßlichen Voraussetzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, niedrige Zinsen, gesunde öffentliche Finanzen und steigende Beschäftigung geschaffen sind und beschäftigungswirksam genutzt werden müssen.

4. Zum weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit fordert der Deutsche Bundestag alle Verantwortlichen in Industrie, Handel, Handwerk und im Dienstleistungsbereich, Unternehmer wie Arbeitnehmer, die Tarifvertragsparteien und öffentliche Hand auf,

- die insgesamt deutlich verbesserten gesamt- und einzelwirtschaftlichen Bedingungen noch stärker für die Einstellung von Arbeitslosen zu nutzen;
- durch bessere Verbindung der Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer mit einer beschäftigungswirksameren Gestaltung der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation zusätzliche Beschäftigung zu erschließen;
- durch Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen die besondere Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf diesem Arbeitsmarkt zu vermindern und damit den Arbeitszeitwünschen vieler Menschen besser zu entsprechen;
- Überstunden abzubauen und dadurch Neueinstellungen zu bewirken; er unterstützt nachdrücklich den gemeinsamen Appell von DGB und BDA zur Vermeidung von Überstunden;
- die Tarifpolitik weiterhin auf mehr Beschäftigung auszurichten. Die Arbeitsplatzbesitzer dürfen die Arbeitslosen nicht vergessen;
- durch volle Nutzung der 7. Novelle zum AFG an der gemeinsamen Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung und Sozialpartner aktiv mitzuwirken, um den Arbeitslosen eine faire Chance auf dauerhafte Wiedereingliederung zu geben und die benötigten Fachkräfte für den weiteren Wachstumsprozeß bereitzustellen;
- durch Ausschöpfung aller Angebote aktiver Arbeitsmarktpolitik einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit

keit auch der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes zu leisten.

Diese große gesellschaftliche Aufgabe kann nur durch gemeinsame Anstrengungen bewältigt werden. Das Ja zur Sozialen Marktwirtschaft erfordert ein uneingeschränktes Ja zur Mobilisierung aller Beschäftigungsmöglichkeiten.

Bonn, den 24. April 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

